

Pressemitteilung

Siebenjähriges Gymnasium im Saarland? CDU bereit zur Verfassungsänderung!

www.bdk-gymnasien.de

www.vo-saar.de

Die Bundesdirektorenkonferenz (BDK) und die Vereinigung der Oberstudiendirektoren der Gymnasien im Saarland (VOS) stellen fest, dass die CDU im Saarland in einer „Jamaika-Koalition“ bereit ist, Eingriffe in das saarländische Schulwesen vorzunehmen, die eine Absage an bisherige bildungspolitische Grundpositionen bedeuten.

Die CDU beabsichtigt offensichtlich ein sechsjähriges gemeinsames Lernen durch ein verpflichtendes Vorschuljahr und fünf Jahre Grundschule zu realisieren. Mit der Folge: Aus dem achtjährigen Gymnasium wird ein G7! Einmalig in Deutschland. Eine Änderung der saarländischen Verfassung ist dazu erforderlich.

Der entscheidende Passus in der saarländischen Verfassung und die dazu von der Berichterstatterin des vorbereitenden Parlamentsausschusses im März 1997 vorgebrachten inhaltlichen Erläuterungen waren von den Fraktionen von CDU und SPD formuliert worden. Gerade die Fraktion der CDU beanspruchte damals für sich, „das Gymnasium gerettet zu haben“. So wird das jetzt peu à peu bekannt gewordene Vorhaben im Land bereits von vielen CDU-Anhängern als Verrat bezeichnet.

BDK und VOS stellen nachdrücklich fest: Die Klassenstufen 5 und 6 sind für das Gymnasium unverzichtbar; deswegen war es so wichtig, dass in den o. g. Erläuterungen explizit die Feststellung enthalten war, das grundständige Gymnasium beginne mit der Klassenstufe 5.

Ohne diese Klassen wäre das Ziel des Gymnasiums, die allgemeine Hochschulreife auf dem Wege einer vertieften Allgemeinbildung zu erreichen, illusorisch. Der Einstieg in das Gymnasium in der 5. Klasse ermöglicht es den Schülerinnen und Schülern, ihre rasche Auffassungsgabe zu zügigem Lernfortschritt zu nützen. Dadurch wird das Erlernen von mindestens zwei Fremdsprachen - ein Qualitätsmerkmal des Gymnasiums - und von drei Naturwissenschaften auf gymnasialem Niveau in einer Progression möglich, die verhindert, dass entsprechend leistungsfähige Kinder in ihrem Lernfortschritt gebremst werden. Den leistungswilligen und leistungsfähigen Kindern wird mit dem im Saarland geplanten Vorhaben die Grundlage für eine adäquate Schulbildung entzogen.

Versuche in anderen Bundesländern, diese Klassenstufen dauerhaft aus dem Gymnasium zu entfernen, sind gescheitert. Das „längere gemeinsame Lernen“ wurde wieder aufgegeben.

Zudem muss man wissen: Das eigentliche bildungspolitische Ziel der Grünen ist die Einheitsschule bis Klasse neun mit einer sich anschließenden dreijährigen gymnasialen Oberstufe! Aus G8 im Saarland wird dann G3. Dies bedeutet die Zerschlagung des grundständigen Gymnasiums im Saarland!

St. Ingbert, 9. Oktober 2009
Dr. Rainer Stein-Bastuck
Vorsitzender BDK
Vorsitzender VOS